

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>
<https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



15. Dezember 2023

EL SALVADOR: „WIR SIND SEHR BEUNRUHIGT ÜBER DIE WIEDERWAHL VON BUKELE“, SAGT DIE DIREKTORIN VON AMNESTY INTERNATIONAL

Interview mit Andrés Dimas in der Zeitschrift FOCOS

<https://focostv.com/directora-amnistia-internacional-nos-preocupa-mucho-que-bukele-se-reelija/>

In diesem Interview mit FOCOS erklärt die Direktorin der internationalen Organisation für die Region [Amerika, Anm.d.Ü.], dass sie keine Veränderung der Einstellung der derzeitigen Regierung sieht, um die Verletzungen der Menschenrechte im Rahmen des permanenten Ausnahmezustands zu beenden. Eher befürchtet sie, dass die Praktiken fortgesetzt und verstärkt werden, wenn der Präsident 2024 an der Macht bleibt.

Die Amerika-Direktorin von Amnesty International (AI), Ana Piquer, äußerte sich besorgt darüber, dass Nayib Bukele, Präsident und Kandidat für eine verfassungswidrige Wiederwahl, nach den Parlamentswahlen im nächsten Jahr an der Macht bleiben wird.

Die chilenische Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin, die ihr Debüt als höchste Vertreterin der Organisation in der Region gibt, sprach mit FOCOS nach der Vorstellung des Berichts "Hinter dem Schleier der Popularität und des Rückschritts bei den Menschenrechten in El Salvador" ([Detrás del velo de la popularidad: represión y regresión en materia de derechos humanos en El Salvador](#)), der am 5. Dezember präsentiert wurde.

Die Amnesty-Studie enthüllt, dass die von Bukele geführte salvadorianische Regierung in den Gefängnissen im Rahmen des Ausnahmezustandes systematisch Folter und grausame Behandlung anwendet, was in mehreren Fällen zum Tod von Personen in staatlichem Gewahrsam geführt hat.

In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass die Gewalt der Banden in stigmatisierten und verarmten Gemeinden durch staatliche Gewalt ersetzt und ein "strafendes Staatsmodell" eingeführt wurde, das El Salvador in eine schwere Menschenrechtskrise gestürzt hat.

Im Interview sagt Piquer, dass die Maßnahmen der Regierung Verbrechen gegen das Völkerrecht sein können und dass es gefährlich ist, wenn Bukele an der Macht bleibt, weil er dieses System fortführen und verstärken kann.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Was sind die Ergebnisse, die Amnesty International in ihrem Bericht hervorhebt?

Wir stellen fest, dass es in El Salvador eine echte Menschenrechtskrise gibt, die sich im Laufe der Zeit verschlimmert hat. Der Bericht analysiert die vier Jahre der Regierung von Präsident Nayib Bukele und stellt fest, dass ein strafendes Staatsmodell eingeführt wurde, das eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen nach sich zieht, darunter willkürliche Verhaftungen, Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, Folter und Misshandlung von Personen in Haft sowie Todesfälle in Gefängnissen. Andererseits stellen wir fest, dass der zivile Handlungsspielraum geschlossen wird und Stimmen verfolgt, stigmatisiert und kriminalisiert werden, die von der Politik der Regierung abweichen, darunter Menschenrechtsverteidiger*innen, Organisationen und Journalist*innen.

In dem Bericht wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der Staat im Rahmen des Ausnahmezustands systematisch Folter und grausame Behandlung von Häftlingen angewandt hat. Welche Beweise lassen Sie mit Sicherheit zu dieser Schlussfolgerung gelangen?

Es gibt mehrere Beweise. Der erste hat mit den Zeugenaussagen zu tun. Wir haben mehr als 80 Personen befragt, die sich in den Gefängnissen aufgehalten haben, und alle haben berichtet, dass sie Folter sowohl erlebt als auch gesehen haben. Dabei handelt es sich vor allem um Schläge, aber auch um andere Formen der Misshandlung, wie die Verweigerung medizinischer Versorgung bei Frauen oder die Verweigerung der Versorgung von Schwangeren. Hinzu kommt, dass sogar die Behörden selbst, die obersten Verwaltungsbehörden für die Gefängnisse in El Salvador, auf Twitter offen erwähnt haben, dass sie die Absicht hatten, den Menschen in Haft Leid zuzufügen. Das spricht für eine tatsächliche Absicht, Schaden anzurichten. Folter wird auf unterschiedliche Weise angewandt, um angebliche Geständnisse zu erpressen, z.B. Mitglied einer Bande zu sein. Sie wurde auch als eine Form der Bestrafung eingesetzt oder manchmal einfach, weil es möglich und gewollt war, ohne ersichtlichen Grund. Aus den Zeugenaussagen geht hervor, dass es sich nicht mehr um Einzelfälle handelt, sondern um etwas, das in den Gefängnissen fast routinemäßig durchgeführt wird.

Diese Feststellungen rufen bei einem großen Teil der salvadorianischen Bevölkerung kein Mitgefühl hervor, weil sie die Barbarei der von Banden ausgeübten kriminellen Gewalt erlitten haben. Könnten Sie erklären, warum es für einen Staat wirklich schwerwiegend ist, Folter oder grausame und erniedrigende Behandlung bei Gefangenen anzuwenden?

Zunächst ist zu sagen, dass Folter aus Sicht der internationalen Menschenrechtsnormen immer verboten ist. Es gibt keine Rechtfertigung für Folter, es gibt keine Ausnahme von der Regel. Folter ist verboten, sie stellt ein Maß an Entmenschlichung und "Entwürdigung" der Person dar, das aus menschenrechtlicher Sicht nicht akzeptabel ist.

Sie sprachen von der Frage der Empathie. Das Entscheidende ist, dass Folter auch keine Lösung ist, denn die Gewalt der Banden ist etwas, worunter das salvadorianische Volk seit Jahrzehnten leidet. Es ist entsetzlich und sollte angegangen werden. Aber diese Menschen in Gefängnissen zu foltern, selbst wenn sie grausame Verbrechen begangen haben - was nicht unbedingt alle von ihnen getan haben, viele sind unschuldige Menschen, die willkürlich inhaftiert wurden - was löst das? Wir bieten damit ja keine Lösung für die Gewalt an, wir bekämpfen nicht die Ursachen, die eigentlichen Ursachen. Da wird einer Person Leid zugefügt, die ihr Verhalten nicht ändern wird, und alle Maßnahmen, die mit Prävention und Rehabilitation zu tun haben, werden nicht umgesetzt, es wird nichts in dieser Hinsicht unternommen. Wir sprechen von einer Maßnahme, die nichts löst, die nach internationalem Recht verboten ist, die auch unschuldigen Menschen Leid zufügt und die, kurz gesagt, in keiner Weise das Leiden der salvadorianischen Bevölkerung unter der Gewalt der Banden beseitigt. Vielmehr wird eine Gewalt durch eine andere ersetzt: Die Gewalt der Banden wird durch staatliche Gewalt ersetzt, und das bringt keinerlei Verbesserung.



Wie beurteilt Amnesty International eine Regierung, die Folter praktiziert oder unter deren Augen Menschen gefoltert werden oder an den Folgen der Folter sterben?

Nach unserer Einschätzung sprechen wir über ein Muster von Menschenrechtsverletzungen und eine Situation, die die systematische Praxis von Folter und Misshandlung offenbart. Wir sprechen sogar von Situationen, in denen diese Folter und Misshandlung zum Tod geführt hat; und das impliziert eine Verantwortung des Staates, die sogar ein Verbrechen gemäß internationalem Recht darstellen könnte.

Ist El Salvador in Anbetracht dieser Beweise und Ihrer Schlussfolgerungen ein Folterstaat?

Es ist ein Staat, der systematisch foltert, der diese Praxis routinemäßig in seinen Erklärungen und durch den Einsatz bestätigt hat. Auch weil er nichts unternimmt, um dies zu untersuchen, um sie zu beenden oder um irgendwie die Verantwortung für diese Misshandlungen zu übernehmen. Er leugnet sie, er unternimmt keinerlei Ermittlungen. Entweder leugnet er sie oder er bestätigt sie.

Sie erwähnen, dass es sich bei diesen Ereignissen um Verbrechen gegen das Völkerrecht handeln könnte, warum?

Um dies zu bestätigen, muss noch viel untersucht und müssen Beweise gesammelt werden, aber Folter ist an sich ein Verbrechen nach dem Völkerrecht, das auf internationaler Ebene als Verbrechen klassifiziert ist. Wenn wir über Folter oder Todesfälle in Gewahrsam sprechen, handelt es sich um die schwersten Verbrechen aus der Sicht der Menschenrechte.

Ich frage nochmal nach: Führt das nicht dazu, dass wir El Salvador als kriminellen Staat, als Folterer bezeichnen sollten?

Wir sprechen hier von einem Staat, der möglicherweise Verbrechen begeht und gegen den auf diese Weise ermittelt werden sollte. Es gibt eine Verantwortung des Staates als Garant der Menschenrechte und es könnte eine spezifische strafrechtliche Verantwortung der Personen geben, die in irgendeiner Weise diese Handlungen begangen, sie angeordnet oder ihnen zugestimmt haben oder von ihnen Kenntnis hatten und nichts unternommen haben, um sie zu verhindern.

Ist es also immer noch ein "könnte"?

Die Beweise belegen, dass diese Dinge geschehen. Als Amnesty International ist es nicht unsere Aufgabe, eine strafrechtliche Verantwortung festzustellen, dies liegt vielmehr bei den nationalen oder internationalen Gerichten. Aber die Beobachtungen, die Fakten, die dafür sprechen, dass so etwas passiert, haben wir als Beweismaterial, und das ist es, was wir auch zeigen wollen, um auf diese Situation aufmerksam zu machen, und hoffentlich werden diese Untersuchungen durchgeführt.

Gegen welche internationalen Normen oder Konventionen könnte der salvadorianische Staat verstoßen haben?

Nun, praktisch gegen alle. Beginnen wir mit der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, dem so genannten Pakt von San José de Costa Rica, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den internationalen Pakten über bürgerliche und politische Rechte. Sie alle enthalten Normen zum Schutz des Rechts auf Leben, der persönlichen Unversehrtheit, des Verbots der Folter, des Verbots der Diskriminierung, des Rechts auf Versammlung und Vereinigung, der Meinungsfreiheit usw. Alle diese Rechte haben wir in unserem Bericht genannt, weil in der einen oder anderen Weise in El Salvador dagegen verstoßen wird.

In dem Bericht, den Sie gerade kommentiert haben, heißt es, dass die Gewalt der Banden durch staatliche Gewalt ersetzt wurde, vor allem in stigmatisierten, verarmten Gemeinden mit niedrigem Bildungsniveau. Wie belegen Sie diese Behauptung?

Dies beginnt mit einer Überprüfung von Datenbanken, die uns von salvadorianischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt



wurden, in denen Personen erfasst sind, die willkürlich inhaftiert wurden. Wir haben festgestellt, dass es sich bei den meisten Verhafteten um Menschen mit niedrigem Bildungsniveau handelt, die höchstens einen Schulabschluss haben. Sie haben prekäre, meist informelle Arbeitsverhältnisse und leben in Gebieten, die bereits als marginalisiert, arm und von der organisierten Kriminalität betroffen gelten. Kurz gesagt, es sind dieselben Menschen, die zuvor Opfer der organisierten Kriminalität waren, die nun als mutmaßliche Mitglieder der organisierten Kriminalität identifiziert und willkürlich festgenommen werden. Für viele dieser Menschen hat sich die Angst verändert, sie sind Opfer der Willkür der staatlichen Behörden geworden und nicht mehr der Banden. In einigen Fällen wird die Gewalt der Banden durch staatliche Gewalt ersetzt oder koexistiert mit ihr und die Betroffenen sind am Ende die gleichen.

Wie schwerwiegend ist diese Substitution und welche langfristigen Folgen hat sie?

Es gibt ein bestimmtes Narrativ, das dazu führt, dass man zwischen Sicherheit und Menschenrechten wählen muss, so als ob die Menschenrechte ein Hindernis für die Erreichung von Sicherheit wären. Das ist ein Trugschluss, eine falsche Dichotomie. Man kann nicht gezwungen werden, zwischen Sicherheit und Menschenrechten zu wählen. Es gibt Menschen, die sich früher aufgrund von Bandengewalt unsicher fühlten und heute eine andere Art von Unsicherheit verspüren, nämlich dass sie vielleicht verhaftet werden könnten, dass man sie vielleicht zu Unrecht beschuldigen könnte. Es zeigt sich, dass es ohne die Berücksichtigung der Menschenrechte in der Sicherheitspolitik auch keine Sicherheit für alle gibt.

In dem Bericht haben Sie den Diskurs und die Nachrichten in den sozialen Netzwerken von Regierungsbeamten verfolgt, darunter auch den des Gefängnisdirektors Osiris Luna... Wie beurteilen Sie deren Rolle angesichts dieser Diskurse, welche Erkenntnisse lassen sich daraus gewinnen?

Unsere Analyse dieser Twitter-Accounts, sowohl der institutionellen als auch der staatlichen, ergab, dass sie diese Accounts nutzen, um Menschenrechtsverteidiger*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Journalist*innen zu disqualifizieren, zu stigmatisieren und sogar falsche Informationen über sie zu verbreiten, und dass dies auch sehr reale Auswirkungen auf das Leben dieser Menschen hat. Auf der einen Seite rechtfertigen die Behörden also Menschenrechtsverletzungen als eine Art "notwendiges Übel" und auf der anderen Seite greifen sie Menschen, die diese Maßnahmen öffentlich kritisieren, scharf an.

Wie beurteilen Sie die Arbeit des Beauftragten des Präsidenten für Menschenrechte und Meinungsfreiheit, des Generalstaatsanwalts oder der Menschenrechtsbeauftragten?

Generell ist unsere Einschätzung, dass sie nicht die Rolle erfüllen, die sie erfüllen sollten, und das haben wir auch von salvadorianischen Organisationen der Zivilgesellschaft gehört. Sie haben uns gegenüber die gleiche Sorge geäußert, dass sie entweder leugnen, was geschieht, oder dass sie – im Fall der Generalstaatsanwaltschaft - ihre Ermittlungsfunktion nicht erfüllen und dass sie auch ihrer Rolle als Beschützer von Menschenrechten nicht gerecht werden.

Macht dies diese Beamten zu Komplizen?

Zumindest lassen sie es zu, dass dies geschieht, da sie ihre Kontrollfunktion nicht effektiv wahrnehmen, indem sie auf Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen reagieren.

Das ist doch Fahrlässigkeit, oder nicht?

Das könnte es sein, ja.

Obwohl der Ausnahmezustand zu einem Ende kommen könnte, warnt Ihr Bericht davor, dass die Strafrechtsreformen fortbestehen werden und dass sie gefährlich sind. Warum? Gegen welche Rechte verstoßen diese Reformen?



Die meisten dieser Reformen berühren direkt das Recht auf ein ordentliches Verfahren. Es handelt sich um Normen, die der Aussetzung von Verfahrensrechten, die niemals ausgesetzt werden dürfen, auch nicht im Ausnahmezustand, einen rechtlichen Rahmen geben. Elemente wie das Recht auf Verteidigung, die Tatsache, dass automatisch Untersuchungshaft verhängt wird, wenn es sich um Verbrechen handelt, die mit Bandenkriminalität in Zusammenhang gebracht werden, ohne dass die Notwendigkeit der Untersuchungshaft von Fall zu Fall geprüft wird... Die Abschaffung der Höchstdauer der Untersuchungshaft, die Möglichkeit anonymer Richter - all dies sind Elemente, die sich direkt auf ein ordnungsgemäßes Verfahren auswirken. Wir sind besorgt, dass viele dieser Praktiken der Menschenrechtsverletzungen auch nach der Aufhebung des Ausnahmezustands nicht aufhören werden, da sie sich bereits als ständige Praxis in dieser Strafpolitik des Staates etabliert haben.

Warum ist es schlimm, dass unschuldige Menschen im Gefängnis sind?

Weil sie unschuldig sind. Das Gefängnis sollte das letzte Mittel sein, das einer Gesellschaft in besonders ernsten Situationen zur Verfügung steht, und daher sollte es als Ausnahme behandelt werden und nur für Menschen, die schwere Verbrechen begehen. Deshalb ist ein ordnungsgemäßes Verfahren so wichtig, denn es ist das Mittel, das uns zur Verfügung steht, um sicherzustellen, dass Menschen, die sich im Gefängnis befinden, auch wirklich zu Recht dort sind. Wenn eine Person, die nichts verbrochen hat, nicht einmal Zugang zu einem ordentlichen Verfahren hat und im Gefängnis landet, verletzt man eine Reihe von Menschenrechten in einem absurden Ausmaß. Nochmals: Gefängnis sollte eine Ausnahme sein und wenn man Menschen massenhaft ins Gefängnis steckt, nur aufgrund ihres Aussehens oder ihres Wohnorts, aber ohne wirkliche Ermittlungen, dann verletzt man damit eine ganze Reihe von Menschenrechten für jeden dieser Menschen. Grundsätzlich verhindert es die weitere Gestaltung ihres Lebens. Es ist auch wichtig zu sehen, dass es sich hier um Familien in sehr schwierigen Verhältnissen handelt, deren Lebenspläne durchkreuzt werden. Es sind komplette Lebensgeschichten, nicht nur die der inhaftierten Person, sondern des gesamten Umfelds, ihrer Familien, ihrer Gemeinschaft, die dadurch verändert werden.

Präsident Bukele strebt eine Wiederwahl an und Umfragen zeigen, dass er 2024 gewinnen wird. Sein wichtigstes Wahlkampfthema ist die Sicherheit und das Ausnahmeregime. Ist es gefährlich für die Rechte der Salvadorianer*innen, wenn Präsident Bukele wiedergewählt wird?

Wir sind sehr besorgt über seine Wiederwahl, weil wir bisher nichts gesehen haben, was auf einen Kurswechsel hinweisen würde. Seine Wiederwahl könnte diese Art von Praxis nicht nur fortsetzen, sondern sogar verstärken. Wir hoffen, dass dies nicht der Fall ist. Ein Ziel dieses Berichts ist genau das, davor zu warnen und auch auf internationaler Ebene zu warnen, zu versuchen, so viel Sichtbarkeit wie möglich für die Geschehnisse zu schaffen, lokale Organisationen zu begleiten, die eine beeindruckende Arbeit leisten, indem sie anprangern, was in einem extrem feindseligen Umfeld geschieht, das noch feindseliger werden könnte, und grundsätzlich darüber aufzuklären, dass dies geschieht und dass eine Wiederwahl bedeuten könnte, dass dies fortgesetzt oder vertieft werden könnte.

Wie komplex ist es, dass angesichts der Ergebnisse dieses Berichts diese Strategie als wichtigstes politisches Kampagnenmittel von Präsident Bukele fungiert?

Das ist, gelinde gesagt, beunruhigend.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das spanische Original:

Directora Amnistía Internacional: “Nos preocupa mucho que Bukele se reelija”

<https://focostv.com/directora-amnistia-internacional-nos-preocupa-mucho-que-bukele-se-reelija/>

